

Ansicht:

Die Pläne für eine Südostumfahrung Winterthurs sind in der Vernehmlassung. Sie sind Bestandteil einer Teilrevision des kantonalen Richtplanes. Der Stadtrat sei mit dieser Teilrevision grundsätzlich einverstanden, schreibt er in einer Medienmitteilung. Allerdings wünscht er sich, dass die Südostumfahrung früher als wie geplant in den Jahren 2025 bis 2035 realisiert wird. Der Zeitrahmen soll auf «mittelfristig unter 25 Jahre verkürzt» werden. Auch die Realisierung der Entlastungsstrasse Oberwinterthur möchte er auf kurzfristigere 10 bis 15 Jahre festgelegt haben. Denn mit kürzerer Wartezeit, so glaubt der Stadtrat, **könnte die weitere Planung und Überarbeitung des Winterthurer Gesamtverkehrskonzeptes zügig an die Hand genommen werden. meb.**

«Bitte Fragen auf Sachebene.»

Da der Nationalratswahlkampf eher flau war, echauffieren sich einige über meine Nomination für das Friedensrichteramt durch die Delegiertenversammlung der SP. Dass im historischen Keller nach politischen Leichen gesucht würde, war zu erwarten, ich nehme es den Fledderern nicht übel. Ich bitte aber, auch in diesem Fall rechtsstaatliche Prinzipien zu beachten, die da sind: Ist ein Vergehen, eine Straftat oder ein Verbrechen durch eine Strafe (Gefängnis, Busse, Wiedergutmachung) beglichen, gilt eine Tat als gesühnt und wird nach 10 Jahren aus dem Strafregister gestrichen. Unsere damalige Protestaktion gegen den ersten Golfkrieg 1991 wurde vom Bundesgericht als Nötigung taxiert (im Gegensatz zum SVP-Einzelrichter, der mich freisprach).

Die Busse ist längst bezahlt, das Vergehen gesühnt, der Leumund sauber (und Schürch älter und ruhiger). Unfair aber ist, wenn FDP-Gemeinderätin Ruth Werren mit Unwahrheiten operiert und mich als politischen Häuserkämpfer abtut («Landbote» vom 8. Oktober). Ich habe niemals gesagt, ich würde meine politischen Anliegen «notfalls durch Gewaltanwendung» zu erreichen versuchen. Ich habe anlässlich des damals traumatisierenden Erlebnisses – Budgetdebatte – im Dezember 1987 gesagt, dass ich Menschen, welche nach dem Ausschöpfen der politischen Mittel Gewalt anwenden würden, verstehen könne, es aber weder gut fände noch selber tun würde. Ob diese historischen Anekdoten für die Entscheidungsfindung der Wählerinnen und Wähler für die

Besetzung der Friedensrichterstelle (welche notabene kein politisches Amt ist) von Bedeutung ist, sei dahingestellt. Ich denke eher, dass die folgenden Fragen auf der Sachebene aufgeworfen werden müssen. Erstens: Wollen Grüne, CVP, EVP und SVP den freiwilligen Parteienproporz bei der Besetzung der Stadtmänner und Friedensrichterinnen wegen einer Jugendsünde meinerseits in Frage stellen? Zweitens: Sollen die Friedensrichterdienste ausschliesslich von Frauen angeboten werden, oder wäre ein Mann gesetzteren Alters in dieser für alle Bevölkerungsteile offenen Stelle nicht wünschenswert und nötig?

Christoph Schürch,
Friedensrichter-Kandidat.

Auswirkungen der Ringier-Politik.

Zum Artikel «Presse unter dem Wirtschaftsdruck» im «Stadtblatt» vom 18. September: Wir haben von diesem Artikel mit Interesse Kenntnis genommen. Hauptsächlich wurde die Lage des «NZZ»-Verlags sowie der verschiedenen Fachzeitschriften des «Tamedia»-Verlags behandelt. Dabei wurde auch der Arbeitsplatzverlust in Ver-

lagen, Redaktionen und Druckereien erwähnt. Vom Ringier-Verlagshaus und seiner Politik war nur zu lesen, dass man mit Strukturveränderungen das Schlimmste vermeiden könnte. Es ist leider bis jetzt in Winterthur kaum wahrgenommen worden, dass gerade die Politik von Ringier (kaufen und schliessen) zur Schliessung der Druckerei Winterthur führt. Die

Druckerei schliesst ihre Türen definitiv auf Ende Jahr nach mehr als 100 Jahren Tätigkeit unter verschiedenen Leitungen. Damit gehen für den Platz Winterthur rund 400 Arbeitsplätze verloren. Diese Tatsache hätte man mindestens erwähnen können.

Colette und Georges Bettosini,
Winterthur.

Parkplätze beim Obi-Baumarkt.

Herr Markus Hutter ritt in Leserbriefen eine Attacke gegen den VCS. Als Gemeinderat in Winterthur hat sich Markus Hutter immer dafür eingesetzt, dass geltende Gesetze und Vorschriften durchgesetzt werden und die Behörden für Ordnung sorgen. Der Kantonsrat Markus Hutter ist empört, wenn nun der VCS kantonale Erschliessungsvorschriften durchsetzen und damit Recht und Ordnung erhalten will. Markus Hutter erwähnt die tieferen Grenzwerte für Stickoxyde in der EU. Offenbar hätte der Autoverkäufer Hutter gerne diese tieferen Limiten auch in der Schweiz, und bei deren Einführung würde er sicher mit aller

Strenge fordern, dass diese tieferen Limiten durchgesetzt würden, um Recht und Ordnung zu erhalten. Die Möglichkeit des Hauslieferdienstes für schwere oder sperrige Güter versucht Markus Hutter mit dem Argument zu verunglimpfen, dass statt des privaten Motorfahrzeugs einfach ein Lieferwagen herumfahre. Allerdings ist Markus Hutter intelligent genug zu wissen, dass so tatsächlich nur ein Lieferwagen anstelle von mehreren Dutzend Privatfahrzeugen herumfährt und damit die Umweltbelastung tatsächlich erheblich geringer ausfällt. Vor allem dann, wenn die Konsumentinnen und Konsumenten mit

Bahn, Bus oder Velo anreisen zum Shoppen beziehungsweise Auswählen. Das wiederum bedingt einen sehr gut ausgebauten öffentlichen Verkehr und gedeckte Veloabstellplätze. Aber jede Möglichkeit, die das private Motorfahrzeug als nicht unbedingt nötig erscheinen lassen könnte, will der Autohändler Markus Hutter schon im Ansatz verhindern. War ihm sein NR-Sitz wohl deshalb bis 300 000 Franken wert, weil dort der Einfluss zugunsten des privaten Motorfahrzeugs gegenüber anderen Mobilitätsformen am grössten ist?

Rolf Weibel,
Winterthur.

Ein Ende des Schweizer Modells?

Die Entmachtung der Tessiner Regierungsrätin Patrizia Pesenti durch ihre Regierungskollegen ist ein Skandal. Die verschiedenen Zeichen, die damit gesetzt werden, lassen für die Zukunft nicht gerade Gutes erahnen – im Gegenteil. Das Schweizer Modell des Kollegialprinzips war bis anhin immer als Vorbild und Erfolgsmodell erachtet worden. Nun beginnen wir dies selber zu demontieren. Für die Entmachtung Pesentis standen im Prinzip «nur» gegenteilige Meinungen zu politischen Themen im Raume. Ein Umstand, mit dem Politik und insbesondere

ein Kollegialprinzip immer und jederzeit umzugehen hat! Aus diesen verschiedenen Standpunkten eine tragfähige und uns vorwärts bringende Politik zu machen, darin hat unser Erfolgsmodell auf allen politischen Ebenen bestanden. Der Vorfall im Tessin missachtet in krasser Form diese Ausrichtung und den von Politikern immer gern zitierten Volkswillen. Es scheint – eigentlich nichts Überraschendes –, als würden die heutigen gesellschaftlichen Züge auch vor Politikern nicht Halt machen. Probleme werden nicht mehr diskutiert und gelöst, sondern die

härtere Gangart des Ekklats und Konfrontationskurses wird gewählt. Sachpolitik wird auf Kosten der Ideologie aufgegeben. Nur eine angemessene und lösungsorientierte Politik fernab von übermässiger Ideologie garantiert unserem Land eine erfolgreiche Entwicklung. Wir als Schweizer Volk und Souverän haben es zumindest teilweise in der Hand, dass der Vorfall im Tessin einmalig bleibt! Schlussendlich bestimmen wir, welche Art von Demokratie und Politikern wir wollen.

Pascal Merz,
Littau.

Allzu fürstlicher Stadtratslohn.

Intermezzo.



Die Winterthurer Stadträte verdienen jährlich 231 000 Franken, der Stadtpräsident 254 449 Franken, zuzüglich Spesen. Ein fürstlicher Lohn, oder? Da darf die Winterthurer Steuerzahlerin natürlich auch eine hervorragende Arbeit erwarten: Die Arbeitslosenquote in Winterthur liegt bei stolzen 5,9%. Die Stadt Winterthur hat kein Eigenkapital mehr. Der Stadtrat hat im letzten Jahr 62 Millionen mehr ausgegeben als budgetiert. Der Schuldenberg beträgt mittlerweile eine Milliarde. Hervorragende Arbeit!

Für all das kann die Winterthurer Stadtregierung aber nichts, ist sie der Überzeugung. Immer sind exogene Faktoren schuld, wie beispielsweise die fehlenden Steuereinnahmen, die schlechte Wirtschaftslage und die darum zunehmenden Sozialfälle. Dass der Stadtrat im letzten Jahr 62 Millionen mehr ausgegeben hat als budgetiert, scheint er offen-

sichtlich zu vergessen. Eine der zentralen Aufgaben ist die Einhaltung des Budgets. Der Gemeinderat, als eigentliches Kontrollorgan, genehmigt zwar ein Budget. Dieses wird aber jährlich um Millionen vom Stadtrat überzogen. Dem Gemeinderat bleibt also, höchstens mit bösen Worten, diese katastrophale Angelegenheit zu schlucken.

Die Einhaltung des Budgets ist in der Privatwirtschaft für jeden Betrieb überlebensnotwendig. Nur so kann eine Firma bestehen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch beschäftigen und Löhne bezahlen. In der Privatwirtschaft wird in schwierigen Zeiten – und wir haben jetzt schwierige Zeiten – gespart, und die Angestellten müssen an vielen Orten tiefere Löhne hinnehmen. Das wenige Geld, das übrig bleibt, müssen Firma und Belegschaft dem Staat in Form von Steuern, Abgaben und Gebühren abgeben. Es kann doch nicht sein, dass tagtäglich Mitarbeiter aller Branchen arbeitslos werden, weil ihre Firma schliessen muss, während die Stadt das Budget um 62 Millionen überzieht, neue Stellen schafft und die Stadträte und Chefbeamten dafür noch einen fürstlichen Lohn beziehen.

In der Hoffnung, der Stadtrat würde seinen Finanzen etwas besser schauen, könnte man doch die Stadtratslöhne mit dem Rechnungsabschluss

in Zusammenhang bringen. Von dieser Idee ist der Stadtrat gar nicht angetan. Ich weiss auch warum: In der Privatwirtschaft müssen die Chefs den Sessel schnell räumen, wenn die Zahlen nicht stimmen.

Ein zweiter Versuch: Vielleicht ist der Stadtrat bereit, auf seinen 13. Monatslohn zu verzichten, da im Jahr 2002 das Budget massiv überzogen wurde? Weit gefehlt, nicht mal auf einen Teil davon will er verzichten, denn er kann ja nichts für den schlechten Rechnungsabschluss. Wieder die exogenen Faktoren!

In der Privatwirtschaft, vor allem bei KMUs, kommt es bei schlechtem Geschäftsgang oft vor, dass das Kader auf den 13. Monatslohn verzichtet, damit wenigstens die Mitarbeiter den ihren erhalten. Aber wenn der Lohn mit Steuergeldern finanziert ist, sieht es offensichtlich anders aus mit einem solchen Entgegenkommen der Chefs.

Übrigens verdient ein Winterthurer Stadtrat mehr als ein Zürcher Stadtrat! Dass Zürich die grösste Stadt der Schweiz, die Kantonshauptstadt und eine Weltmetropole ist, muss ich nicht näher ausführen. Ich denke aber laut über eine Initiative «Weniger Stadtratslohn» in Winterthur nach.

Natalie Rickli.

Zitat: _____

«Das Kind muss sich ja das Leben zusammenreimen. Es weiss noch nicht viel. 90 Prozent der Welt versteht es nicht. Es muss sich also etwas ausmalen.» So

erklärt der Schriftsteller Peter Stamm im Grossinterview in der letzten Ausgabe der «Sonntags-Zeitung», weshalb er sich schon als

Kind Figuren ausgemalt hat. Der Winterthurer Autor sieht sich selbst als eine

Art Couturier, wenn er seine Romanfiguren erfindet: «Ich ziehe den Menschen Kleider an, die nicht zwingend die ihren sind, aber zu ihnen

passen.» Er verstehe auch heute noch 90 Prozent der Welt nicht; andere meinten wohl, sie verstünden sie. Vielleicht habe er sich

so die Neugier für die Menschen bewahrt. So tauchen bei Stamm Menschen wieder in Romanen auf, an denen er einmal vorübergegangen ist. **meh.**